



WENN VON WERTEN DIE REDE IST, WIRD HÄUFIG IHR VERFALL BEKLAGT, IHRE BEDROHUNG HERVORGEHOBEN. DIESEM PESSIMISMUS ERTEILT DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG EINE KLARE ABSAGE UND STELLT DIE WEITERENTWICKLUNG VON WERTEN IN DER GLOBALISIERTEN WELT IN DEN FOKUS DER DEBATTE.



WENN WERTE SICH WANDELN

EIN PLÄDOYER GEGEN FRUCHTLOSE KLAGELIEDER

DR. MICHAEL BORCHARD

*Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

„Der Raum ist leider bald völlig überfüllt. Dürfen wir Ihnen empfehlen, entweder die Empore des Saales zu nützen oder in einen Nachbarraum zu gehen, in den die Veranstaltung übertragen wird?“ So wurden Interessierte in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung begrüßt, die sich wenige Tage vor Weihnachten 2007 zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Religion und Aufklärung“ angemeldet hatten. Beinahe 400 Gäste hörten unter anderem dem Tübinger Philosophen Otfried Höffe und dem Theologen Richard Schröder gebannt zu. Szenenwechsel: Wenige Monate zuvor fand ein Expertengespräch zum Thema „Patientenverfügung“ am gleichen Ort statt. Über 25 Bundestagsabgeordnete ließen sich von Experten über dieses schwierige ethische Thema – über die Abwägung zwischen der Selbstbestimmung des Patienten einerseits und den Notwendigkeiten des Lebensschutzes andererseits – intensiv unterrichten. Kaum jemals zuvor haben so viele Abgeordnete an einem Expertentreffen als Gäste teilgenommen.

Es ist ein durchgängiges Muster, das bei diesen und anderen Beispielen aus der Arbeit der Stiftung feststellbar ist: Es sind stets Themen, die sich mit Werten und dem Wertewandel beschäftigen, die besondere Aufmerksamkeit erregen – bei einem Fachpublikum und in der breiteren Öffentlichkeit. Dieser Trend scheint verbreitet zu sein: Auch wenn man über das Werk geteilter Meinung sein darf – die Tatsache, dass das Buch eines deutschen Komikers über seine Pilgerfahrt nach Santiago de Compostela seit Monaten weit oben auf den Bestseller-Listen steht, ist bemerkenswert.

Wer sich bei den jeweils anschließenden Empfängen in der Stiftung auf die Motivsuche für so viel Interesse an den „Werten“ begibt, darf gleichfalls eine durchgehende Erscheinung registrieren: ein gewisses Unbehagen am Umgang mit unseren Wertgrundlagen! Mit dem Glas Rotwein in der Hand wird der Verfall der Werte beklagt, ihre Bedrohung im Inneren durch Relativismus, Desinteresse und Bildungslücken, von außen durch andere Kulturen, die in unserer Gesellschaft ihr Wertesystem zur Geltung bringen wollen. Der Einsturz unserer überkommenen Traditionen oder zumindest ihre bedrohliche Schiefelage wird an die Wand gemalt, und die globalisierte Weltwirtschaft wird zum Sündenbock, die mehr Flexibilität und Mobilität fordere und keinen Raum mehr für Wertorientierung lasse.

Elisabeth Noelle-Neumann hat erst vor wenigen Jahren einen anhaltenden Verfall von Werten diagnostiziert. Der Werteverfall habe einen vor vierzig Jahren deutlich geworden und in der 68er-Zeit in seiner Intensität bis dahin unbekanntem Generationenkonflikt zur Folge gehabt. Die Abnahme der Bindung der Menschen an Religion und Kirche, die schwindende Akzeptanz der Beschränkung individueller Freiheiten durch Normen, Hierarchien oder Autoritäten, der Bedeutungsverlust tradierter Tugenden wie Höflichkeit, gutes Benehmen, Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Sauberkeit, Sparsamkeit, die Ablösung der bürgerlichen Leistungsethik durch zunehmende Freizeitorientierung, die mangelnde Fähigkeit der Menschen, sich in erprobten Formen im politischen Gemeinwesen zu engagieren – alles das stelle erhebliche Gefahren für die pluralistische Gesellschaft dar.

So ernst solche Sorgen zu nehmen sind, so sehr sie gewisse Realitäten abbilden und so wenig sie sich mit wohlfeilen oder gar bissigen Kommentaren als „konservative Larmoyanz“ oder „Verfallsjammerei“ einfach wegwischen lassen, so klar ist auch, dass der Terminus Wertewandel gerade in Deutschland überwiegend negative Konnotationen hat.

Es ist stets so, dass am Anfang jeder ernsthaften Diskussion über Grundwerte die Erfahrung des Werteverlustes oder die Befürchtung des drohenden Werteverlustes steht. In Zeiten des Wandels wächst der subjektiv empfundene Bedarf an und die objektive Notwendigkeit von Orientierung. Eine Diskussion über Wertgrundlagen kann und wird es ohne Wertewandelsprozesse nicht geben. Dabei steht die uralte Erkenntnis im Vordergrund, dass es Werte gibt, die aus dem Wesen des Menschen als „ens individuelle“ und „ens sociale“ folgen und deshalb überzeitlich gültig sind. Aber selbst diese Werte entwickeln sich weiter und müssen immer wieder mit den sich wandelnden Umständen neu interpretiert und entsprechend den gegenwärtigen Realitäten in Welt, Wirtschaft und Gesellschaft „eingebettet“ und vom idealistischen Himmel in die konkrete Realität geholt werden.

Eine Diskussion über Wertgrundlagen kann und wird es ohne Wertewandelsprozesse nicht geben. Dabei steht die uralte Erkenntnis im Vordergrund, dass es Werte gibt, die aus dem Wesen des Menschen als „ens individuelle“ und „ens sociale“ folgen und deshalb überzeitlich gültig sind.

„Die Krise der Moderne“, so sagt der Theologe und Religionswissenschaftler Friedrich Wilhelm Graf, „ist so alt wie die Moderne selbst. Insofern erleben wir in der Gegenwart nur verstärkt, was für moderne Gesellschaften immer charakteristisch gewesen ist: starke interne Polarisierung in Wertfragen, bleibender Dissens darüber, was die tragenden Fundamente des gemeinsamen Lebens sind, Auseinandersetzungen darüber, ob es so etwas wie eine Leitkultur geben muss, und die irritierte Sorge vor der Allgewalt des Ökonomischen.“

Eine pessimistische Grundhaltung, die auf den großen Umschwung hofft, beflügelt kaum zu „großen Taten“ und führt dazu, dass sich, wie es Warnfried Dettling treffend ausgedrückt hat, aus der „kollektiven Malaise längst ein veritabler Standortnachteil“ entwickelt.

Die reine Diagnostik des Werteverfalls, die sich in der „Moll-Tonart“ äußert, das Lamento über eine immer „wertloser“ werdende Gesellschaft ist überdies statisch und nicht eigentlich in Übereinstimmung zu bringen mit unserem Menschenbild und einem urchristlichen Motiv für politisches Handeln: Die etwas sperrige Aufforderung, sich die „Erde untertan“ zu machen, bedeutet nichts anderes als den Auftrag an uns, Probleme aktiv zu lösen, das Zusammenleben gedeihlich zu gestalten, Konflikte friedlich auszutragen und Lebensgrundlagen für alle zu schaffen, aber nicht fatalistisch auf den sicher kommenden Tod zu warten.

Das hat Folgen für unser Verständnis von Konservatismus. Er taugt nicht mehr als „politische Kampfvokabel“ – schon gar nicht gegen die christlich-demokratische Bewegung. Dass vor einigen Jahren der Namensgeber der Stiftung, Konrad Adenauer, bei einer ZDF-Sendung zu „unserem Besten“ aller Zeiten gewählt worden ist, verdeutlicht eines: Stünde er nur für eine rückwärtsgewandte Form der Politik, hätte seine Botschaft nicht auch große Aktualität, er hätte wohl niemals eine so deutliche Anerkennung gefunden. Er war ein moderner, ein progressiver und zukunftsöffener Konservativer, prinzipientreu, aber nicht ideologisch, patriotisch, aber nicht nationalistisch, progressiv, aber nicht modernistisch, realistisch, aber nicht ohne Visionen. Daran muss angeknüpft werden.

Eine Absage an den Wertepessimismus hat ebenso Folgen für unser Verständnis von der Rolle der Volksparteien. Auch wenn es heute zum „Volkssport“ politischer Journalisten und wissenschaftlicher Kolumnisten gehört, den Volksparteien nach langem angeblichem Siechtum das baldige Ableben vorherzusagen: Sie bleiben die Garanten für die notwendige „Kommunikation“ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden. Es stimmt noch immer, was Richard Schmidt gesagt hat: Volksparteien sind die „staatsbildenden Kräfte des Gesellschaftslebens“.



Eine Gesellschaft aber kann die Erfordernisse einer wahrlich herausfordernden Zukunft nur gestalten und den Menschen zugleich Orientierung und Sicherheit vermitteln, wenn sie Flexibilität, Innovationsfähigkeit und Offenheit mit Heimat- und Traditionsverbundenheit kombiniert – sozusagen den Kopf über den Wolken und die Füße auf dem Boden. Keine gesellschaftliche Institution, weder die Medien noch andere Akteure können diesen artistischen Kraftakt – die Verbindung von Tradition und Moderne – auch nur ansatzweise so bewältigen wie die Volksparteien.

Diese Kraft wiederzuentdecken und so gesellschaftliche Gemeinsamkeiten zu schaffen setzt aber zugleich voraus, die Wertedebatten aus dem sozialen und politischen Jenseits herauszuholen und für die Bewältigung des politischen Alltags fruchtbar zu machen. „Das Fehlen eines geistigen Horizonts der Reformpolitik“, so Warnfried Dettling, „war von Anfang an auch eine ihrer entscheidenden Schwächen. Politisches Handeln legitimiert sich nicht allein aus politischen und ökonomischen Zusammenhängen heraus. Es sind immer Ideen und Werte, ein zeitlicher und konzeptioneller Vorgriff auf eine gute oder doch wenigstens bessere Gesellschaft (...), um derentwillen Schritte und Anstrengungen plausibel sind.“

Wenn Volksparteien so handeln, sind sie auch Bewältigungsmechanismen für den notwendigen Wandel insgesamt und sind durchaus gewappnet für die unabweisbar negativen Folgen von Wertewandelsprozessen. Die Voraussetzung für ihren Erfolg ist allerdings, dass sie den Menschen das Gefühl geben und sie dazu befähigen, einerseits mit der notwendigen Freiheit Lebenschancen zu ergreifen und in einer globalisierten, technisierten und dynamisierten Welt zu bestehen, ihnen andererseits aber auch die Sicherheit vermitteln, nicht an den Rand gedrängt zu werden.

Konkret bedeutet das für die christlich-demokratische Volkspartei, aber auch für die politische Stiftung, die ihr nahesteht, die Themen noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen, die Freiheit und Sicherheit miteinander verbinden:

Erstens Familie: So banal es klingen mag: Aus der Erkenntnis heraus, dass sich Werte nicht einfach auf den Lehrplan setzen und negative Folgen des Wertewandels nicht einfach „umerziehen“ lassen, müssen wir zunächst die Familien in ihrer normativen und gemeinschaftsbildenden Kraft stärken. Hier lernen Kinder eigenverantwortliches Handeln, hier erfahren sie im besten Falle Sicherheit. Das bedeutet auch – über das übliche öffentliche Klagen hinaus –, genau zu ermitteln, welche Bedürfnisse Familien wirklich haben, wie Eltern in die Lage versetzt werden, Vorbild zu sein und ihren Auftrag zu erfüllen. Ein Ziel, das niemals erreichbar ist, wenn nicht zugleich auch gesellschaftliche Realitäten in einem gewissen Ausmaß anerkannt werden. Ihren Weg, auf der Suche nach dem Kindeswohl auch nach den Bedingungen zu fragen, unter denen Eltern handeln, muss die Stiftung dementsprechend fortsetzen.

Zweitens Bildung: Wer für Wandel aufgeschlossen sein, wer seine Chancen deutlicher fühlen soll als seine Ängste, der benötigt dafür ein solides Fundament von Erkenntnissen und Erfahrungen. Dafür muss die Wertevermittlung stärker in allen Bildungszweigen – von der beruflichen Bildung über die Lehrerbildung bis zur Hochschulausbildung – neben die Wissensvermittlung treten. Bildung – insbesondere auch Persönlichkeitsbildung – bleibt nicht nur die entscheidende Schlüsselqualifikation. Sie kann zugleich helfen, zwei skandalöse Ärgernisse zu mindern, die eng miteinander verknüpft sind: Eines bleibt die noch immer viel zu hohe Arbeitslosigkeit, das andere ist die Tatsache, dass in kaum einem anderen Land die Gesetze der „sozialen Vererbung“ sich so sehr ausprägen wie in Deutschland: Kinder aus unteren sozialen Schichten und nicht zuletzt aus Migrantenfamilien haben deutlich schlechtere Chancen, sich als Person zu entwickeln und ihre Begabungen und Talente zu entfalten. Das ist ökonomisch ebenso bedenklich wie moralisch, und darin liegt sozialer Sprengstoff.



Wir müssen die Familien in ihrer normativen und gemeinschaftsbildenden Kraft stärken: Hier lernen Kinder eigenverantwortliches Handeln.

Bedenklich ist allerdings auch, dass die politische Bildung in Deutschland noch immer nicht den Rang einnimmt, der ihr wirklich zukommt. Sie mag kein Allheilmittel gegen Demokratieskepsis und Extremismus sein, aber ohne eine breitangelegte politische Bildungsarbeit ist gesellschaftspolitische Teilhabe und politisches Engagement schwer vorstellbar. Auch in diesem Bereich muss die KAS neue Impulse setzen.

Drittens Soziale Marktwirtschaft: Für Konrad Adenauer war immer klar, dass wirtschaftliche Vernunft und Marktorientierung mit sozialer Gerechtigkeit in Balance gebracht werden müssen. Hier wird das Begriffspaar „Freiheit und Sicherheit“ besonders greifbar. Eigenverantwortung muss Vorrang haben, ist aber ohne die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen schwer vorstellbar.

Unter den Bedingungen der zunehmend globalisierten Wirtschaft ist diese ordnungspolitische Aufgabe zu einer noch wichtigeren Herausforderung geworden. Wirtschaftliche und soziale Interessen sinnvoll miteinander zu verbinden und dieser Verknüpfung im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ Kontur zu verleihen ist nicht nur die große historische Leistung der christlich-demokratischen Bewegung, es bleibt auch ihr Unterscheidungsmerkmal für die Zukunft. Voraussetzung dafür ist heute allerdings, dass es nicht allein gelingt, die Chancen der Globalisierung zu vermitteln, sondern auch jenen Menschen Antworten zu geben, die sich im globalen Wettbewerb an den Rand gedrängt sehen.

Deshalb ist es nicht nur wichtig, die historischen Konturen, die Richtungsentscheidungen der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder neu zu polieren und für unsere Zeit greifbar zu machen, sondern neben den wirtschaftlichen Dimensionen der Globalisierung auch die sozialen und kulturellen Dimensionen, die Auswirkungen auf unsere Identität zu untersuchen. Hier wird die Stiftung ihre Akzente deutlich verstärken müssen. Wegmarken sind mit einem stiftungsübergreifenden Projekt zur Globalisierung gesetzt.

Für unsere Chancen in der Globalisierung ist bedeutsam, welches Gesellschaftsbild wir haben – insofern ist die Frage nach unserer Wertorientierung immer auch ein Teil der Standortdebatte. Fatal wäre einerseits eine „geschlossene Gesellschaft“, in der eine Haltung dominiert, die von Misstrauen gegenüber Menschen, Ideen und Religionen geprägt ist, die den eigenen Lebensentwurf verabsolutiert und die – gespeist aus Zukunftspessimismus – Abwehrmechanismen gegen alles Neue entwickelt. Ebenso problematisch ist eine radikale Form der „offenen Gesellschaft“, in der Solidarität und gemeinsame und verbindende Traditionen fehlen. Deswegen bleibt im Rahmen der Wertewandelsdiskussion die Debatte über die Grundlagen für gesellschaftlichen Zusammenhalt für die Stiftung eine entscheidende Aufgabe für die kommenden Jahre. Im Kern geht es darum, diese vermeintlich „weichen“ Faktoren, ohne die „harter“ wirtschaftlicher Erfolg kaum vorstellbar ist, in der Debatte über den Zukunftsstandort „Deutschland“ immer wieder in die Diskussion zu bringen und damit Leitplanken für erfolgreiche Politik zu setzen.





WAS EINT UNS?

WERTORIENTIERUNG IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG

DR. NORBERT LAMMERT

*Präsident des
Deutschen Bundestages,
stellvertretender
Vorsitzender der Konrad-
Adenauer-Stiftung*

Neu ist die Frage nach den gemeinsamen Grundlagen einer Gesellschaft, nach den Wertorientierungen, nach dem, was gilt, keineswegs. Preußenkönig Friedrich II. zum Beispiel hat sie auch schon gestellt und in absolutistischer Tradition kurzerhand selbst beantwortet: Er befand, dass sein Volk in der Religion unterwiesen werden müsse, und zwar „damit die Kanaille pariert“. Das klingt nicht nur drastisch, es war wohl auch so gemeint. Zeitgenossen sprechen mit Habermas heute lieber von der „Gefahr einer entgleitenden Modernisierung der Gesellschaft“, der entgegenzuwirken sei, auch und gerade mit Religion. Die wichtigsten, jedenfalls wirksamsten Faktoren und Institutionen der Bildung und Vermittlung von Werten sind die Religionen. Die Frage, ob sie für diese Funktion der Bildung und Vermittlung von Werten, von Orientierungen einer Gesellschaft, einen Exklusivanspruch erheben wollen, ob sie dies dürfen und ob sie einen solchen Exklusivanspruch gegebenenfalls auch durchsetzen können, unterscheidet sie im historischen wie im aktuellen Vergleich nicht unwesentlich voneinander.

Für demokratische Gesellschaften in säkularen Zeiten galt und gilt indessen nicht weniger als für Ständegesellschaften in absolutistischen Zeiten: Jede Gesellschaft, die moderne allemal, braucht einen Mindestbestand an gemeinsamen Werten, Überzeugungen und Orientierungen, ohne die sie ihren inneren Zusammenhalt nicht bewahren kann.

Nicht zuletzt der aktuelle Integrationsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 verweist mit demographischen Zahlen ebenso eindeutig wie beunruhigend auf ein wachsendes Konfliktpotential unserer multikulturellen Gesellschaft, die eben nicht nur eine Bereicherung, sondern zugleich immer auch eine Herausforderung darstellt. Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland, rund 15 Millionen Menschen also, hat Migrationshintergrund. Vor allem die Integrations-, Bildungs- und Arbeitsmarktprobleme der zweiten und dritten Ausländergeneration sind besorgniserregend. Besonders hoch ist der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe unter Kindern und Jugendlichen. 30 Prozent der bundesdeutschen Kinder unter fünfzehn Jahren stammen aus Familien mit Migrationshintergrund. In Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern sind es bereits 44,9 Prozent der Einwohner unter 15 Jahren, in einigen Großstädten sind es bei den Kindern unter fünf Jahren sogar über 60 Prozent. Die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen auf der Grundlage unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung, so schlussfolgert der Regierungsbericht, bleibt eine der großen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Der Bericht sagt auch: Integration ist eine staatliche Aufgabe, ebenso sind aber auch Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement gefragt.

Zur besseren Orientierung schlage man für diese Debatte neben dem Integrationsbericht der Bundesregierung den Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ hilfswiese gleich mit auf. Auf 500 Seiten kann man dort entnehmen, falls man es nicht schon geahnt hatte, dass die kulturellen



Die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen bleibt eine der großen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Der Nationale Integrationsplan will die Integration der rund 15 Millionen Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund verbessern helfen.

Bedingungen für die Lebensverhältnisse einer Gesellschaft nicht weniger wichtig sind als die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen.

Neu ist nicht die Herausforderung, sondern die Debatte über die Mindestvoraussetzungen für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die jahrelang verweigert worden war.

Bei allen gelegentlichen Verrenkungen in der Auseinandersetzung mit dem Begriff Leitkultur stimmen erfreulicherweise doch mittlerweile fast alle darin überein, dass wir diese Debatte dringend weiter führen müssen. Und dass die unsere genau wie andere Gesellschaften einen vitalen Bedarf an Selbstverständigung über genau das Mindestmaß an gemeinsamen Orientierungen, Werten und Überzeugungen hat, ohne die jede Gesellschaft und natürlich auch diese ihre innere Konsistenz und übrigens auch die Verfassungsordnung ihre innere Legitimation verlieren.

Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert näherte sich die KAS in den Jahren 2006 und 2007 in der Reihe „Was eint uns?“ in Vorträgen und im Dialog mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft der Frage nach Grundlagen und Orientierungen unserer Gesellschaft aus unterschiedlichen Richtungen.

Ich möchte daher dem Vorsitzenden der Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, und ihrem Generalsekretär, Wilhelm Staudacher, danken, dieses Thema auf die Tagesordnung der Stiftung gesetzt zu haben.

Das Thema Globalisierung war im Jahr 2007 ein spannender Diskussionsrahmen, in dem die Frage „Was eint uns?“ in zahlreichen bemerkenswerten Beiträgen von ausgewiesenen Fachleuten beleuchtet werden konnte. Dabei wird immer deutlicher, dass die Erfahrung der Globalisierung für viele Menschen mit dem Gefühl der Hilflosigkeit verbunden und gerade deshalb das Bedürfnis nach Orientierung und Identifikation verstärkt ist.

Die allermeisten Menschen erfahren die Globalisierung als einen beinahe naturwüchsigen Prozess, gegen den kein Kraut gewachsen ist, von dem man ziemlich genau weiß, dass er stattfindet – mit und ohne eigene Beteiligung und schon gar mit und ohne eigene Begeisterung. Und gerade weil das so ist, wächst das vitale Bedürfnis nach einem festen Boden. Irgendwo einen Platz zu haben, von dem aus man diesen Prozess wenigstens halbwegs gesichert beobachten, wenn auch nur begrenzt beeinflussen kann. In Zeiten der Globalisierung ist die Welt ja nicht zur Heimat geworden, sondern, umgekehrt, ist das Bedürfnis nach Heimat größer geworden. Nach einem Platz, wo man sich zu Hause fühlt. Das Bedürfnis nach Identifikation wird in Zeiten der Globalisierung in modernen Industriegesellschaften nach meinem Eindruck erkennbar größer.

Es gibt schließlich einen weiteren besonderen Aspekt der Globalisierungserfahrung: Ich habe den begründeten Eindruck, dass die allermeisten Menschen, nachdem die Systemfrage entschieden ist zugunsten liberaler Demokratien und marktwirtschaftlicher Ordnung, nicht mehr die Freiheit bedroht fühlen, wohl aber die Gerechtigkeit. Das muss keine zutreffende Wahrnehmung sein, aber dass es eine weitverbreitete tatsächliche Einschätzung ist, das ist offenkundig. Die meisten Menschen haben wachsende Zweifel, ob es in einer Gesellschaft und in einer Welt, in denen die Freiheitspielräume größer geworden sind als je zuvor, weiter gerecht zugeht. Ob der zunehmende Reputationsverlust der politischen Institutionen auch mit dieser Wahrnehmung und den Enttäuschungen mit Blick auf die Erwartungen an Politik ursächlich zusammenhängen könnte, ist eine besonders dringliche Anfrage an die Politik.

Identität und Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung – dieser Zusammenhang wird in den notwendigen Debatten um das, was uns eint, gewiss auch für das Jahr 2008 ein gründliches Nachdenken erfordern.



Professor Otfried Höffe (l) und Professor Werner Patzelt (r) im Gespräch anlässlich der Veranstaltung „Was eint uns?“ am 3. Juli 2007 in Berlin. Helmut Herles moderierte.



ELTERN UNTER DRUCK

FAMILIENPOLITIK MUSS NEUE ANSÄTZE IN DEN BLICK NEHMEN

CHRISTINE
HENRY-HUTHMACHER

*Koordinatorin Frauen-
und Familienpolitik,
Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

ELISABETH HOFFMANN

*Projektbeauftragte
für Frauen und Familien,
Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Spektakuläre Fälle von Kindesvernachlässigung, aber auch die Diskussion um Schulabbrecher, Medienverwahrlosung, Fehlernährung und die zunehmenden Sprachdefizite bei Kindern und Jugendlichen haben die Frage nach dem Selbstverständnis von Eltern und ihrem Erziehungsverhalten aufgeworfen. Nicht selten fühlen sich Eltern vom Alltag mit Kindern, den Erziehungsaufgaben und den wachsenden Anforderungen an die Elternrolle überfordert. Den Eltern wird heute ein Maß an Verantwortung und Mitsprache für ihre Kinder zugewiesen, das es in früheren Elterngenerationen so nicht gab. Über die Lebenssituation von Eltern wissen wir jedoch wenig. Zwar prägen sie maßgeblich das Lebensumfeld und die Entwicklung ihrer Kinder, doch spielen sie in der familienpolitischen Diskussion nur eine marginale Rolle. Da das Hauptaugenmerk der Familienpolitik auf dem Kindeswohl liegt, geraten Eltern leicht aus dem Blickfeld.

Elternschaft war noch bis vor dreißig Jahren ein klares Lebensmodell und fest in der gesellschaftlichen Normalität verankert. Waren Kinder ehemals selbstverständlicher Bestandteil einer Biographie von Frauen und Männern, so hat sich dies inzwischen grundlegend gewandelt. Elternschaft ist heute eine Option unter anderen Lebens- und Partnerschaftsformen geworden. Enge Bindungen und langfristiger Zusammenhalt wie in der klassischen Familie passen zunehmend weniger in das Bild einer Gesellschaft, die von Kurzfristigkeit und Flexibilität geprägt ist. Die moderne Arbeitswelt fordert den möglichst uneingeschränkt mobilen und verfügbaren Menschen. Idealerweise sind dies Menschen ohne Familienbindungen, die sich schnell an veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen können. Bereits in der Schule werden Flexibilität und Kreativität propagiert. Die gesamte und äußerst umfangreiche Ratgeberliteratur über Management und Selbstmanagement zielt darauf ab, uns zum Unternehmer unserer selbst zu machen. Dahinter steht die Vorstellung, dass wir uns eigeninitiativ fit machen müssen für den Wettbewerb. Eltern mit Kindern können diesem ungebundenen Leitbild aber kaum genügen. Sie müssen die Erfahrung machen, dass ein Leben mit Kindern Abhängigkeiten und Verpflichtungen schafft, die ohne Konstanz und Verlässlichkeit nicht zu bewältigen sind und die Teilnahme am Wettbewerb erschweren. Elternschaft wird daher häufig als eine einschränkende Lebensbedingung erfahren.

Eine fernöstliche Weisheit sagt, wer mehr Kinder haben wolle, dürfe nicht nur die Rechte der Kinder stärken. Man müsse vielmehr das Ansehen der Eltern heben. Das beschreibt recht präzise den Kern des Problems. Bei aller gerechtfertigten und notwendigen Fokussierung auf das Wohl des Kindes sind die Eltern und ihre Bedürfnisse aus dem Blick geraten. Allerdings darf im Gegenzug die große Bedeutung des Kindeswohls auch nicht relativiert werden. Im Zentrum der Elternschaft steht nun einmal völlig zu Recht die Beziehung der Eltern zu ihrem Kind. Sie basiert auf allgemeinen Regelungen und Pflichten gegenüber dem Kind und soll zur bestmöglichen Gewährleistung des Kindeswohls beitragen. Die Sorge um das Kindeswohl ist als klare Aufgabe der Eltern definiert. Doch mit ebendieser Aufgabe werden sie weitgehend allein gelassen und fühlen sich damit zunehmend überfordert. Während die Ansprüche an eine gute und glückliche Kindheit und an eine gelingende Erziehung wachsen, fällt es

*Der Arbeitsbereich
Frauen- und Familien-
politik der KAS zählt in
Deutschland zu den
Ersten, die „Frühkind-
liche Bildung“ forderten
(s. auch S. 50).*



Eltern immer schwerer, den damit an sie gestellten Erziehungsanforderungen zu entsprechen. Zum einen weil sie beruflich zumeist stark eingespannt sind oder etwa aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeit kaum die notwendigen ökonomischen Ressourcen aufbringen können, zum anderen weil die gesellschaftliche Neudefinition des Kindes als gleichberechtigtem Partner Elternschaft per se anspruchsvoller und voraussetzungsreicher gemacht hat.

Eltern werden vermehrt zu Managern behüteter Kontakte und zu Partnern der Aktivitäten ihrer Kinder. Alte Erziehungsziele wurden abgelöst, die Rechte der Kinder gestärkt.

Die Ära der „Straßenkindheit“ – wie man sie noch bis in die 1980er Jahre hinein kannte und in der Freizeit primär draußen stattfand – ist der „verhäuslichten“ Familienkindheit gewichen: Immer mehr Freizeit wird ins Innere, in den häuslichen Bereich verlagert. Vor dem Hintergrund geringer Geschwisterzahlen oder gar von Geschwisterlosigkeit sowie häufig mangelnder Spielkameraden im gleichen Wohnviertel zeigt dieser Wandel konkrete Auswirkungen auf die Eltern: Sie werden als „Familienmanager“ mit der Aufgabe, eine „Verinselung“ ihrer Kinder durch gezielte Freizeitgestaltung zu überbrücken, vermehrt zum Begleit-, Spiel-, aber auch Hausaufgabenpartner und investieren viel Zeit, Energie und finanzielle Mittel, um die eigenen Kinder mit anderen Kindern zusammenzubringen, zu fördern und einen abwechslungsreichen und anregenden Alltag zu gewährleisten.

Dabei ist seit den 1980er Jahren eine nachhaltige Emanzipation des Kindes zu beobachten, das hinsichtlich seiner Rechte den Eltern gleich-, aber von möglichen Pflichten weitestgehend freigestellt wird. Das hat deutliche Auswirkungen auf die Eltern-Kind-Beziehung. Die aktuelle partnerschaftlich-egalitäre Beziehung basiert auf veränderten Erziehungszielen und -stilen. Normativ hat ein offenes, am Leben der Kinder interessiertes Erziehungsverhalten, bei dem jedoch durchaus Regeln aufgestellt und deren Einhaltung kontrolliert werden, alte Erziehungsziele wie Gehorsam, Anpassung und Pflichtbewusstsein abgelöst. In der Praxis zeigt sich, dass gerade diese Aushandlungsprozesse im Familienalltag Eltern immer mehr an die Grenzen ihres erzieherischen Handelns bringen. Zwischen den Extremen von verwöhnten Wunschkindern auf der einen und sich selbst überlassenen, zum Teil vernachlässigten Kindern auf der anderen Seite versuchen Eltern, ihrer Elternrolle gerecht zu werden und das individuell richtige Maß für ihr Kind zu finden.



Mütter und Väter fühlen sich der Mehrfachbelastung häufig nicht gewachsen.

Elternschaft bedeutet nach wie vor für Väter etwas anderes als für Mütter: Noch immer erbringen Mütter den überwiegenden Teil der Erziehungsleistungen. Dies ist oftmals mit einem (zumindest zeitweiligen) Verzicht auf eigene Berufstätigkeit verbunden. Mit dem Übergang zur Elternschaft findet in Deutschland eine nachhaltige Retraditionalisierung der Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern statt. Dieser Effekt lässt sich bereits beim ersten Kind beobachten und verstärkt sich bei weiteren Kindern. Eltern stellen heute hohe Anforderungen an ihre Mutter- und Vaterrolle; sie haben das Bedürfnis und Pflichtgefühl, in der Erziehung alles richtig machen zu wollen. Der persönliche Anspruch, diesen Vorstellungen auch in der Praxis zu genügen, setzt sie häufig unter großen Druck.

Erstaunlich ist, dass die vielen Fragen, die damit aufgeworfen werden, in der fachwissenschaftlichen Forschung bisher nur wenig Beachtung gefunden haben. Denn neben dem Blick auf das Kindeswohl ist es nicht minder wichtig, zu wissen, wie es den Eltern geht, da sie der Schlüssel aller Erziehungsprozesse sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb die Lebenssituation der Eltern in den Mittelpunkt einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung gestellt. Im Vordergrund stehen die Fragen: Wie geht es Eltern? Was brauchen Eltern? Auf der Grundlage der „Sinus-Milieus“ von Sinus Sociovision geht die Eltern-Studie differenziert auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Eltern ein. Sie umfasst Themen wie den Wandel von Elternschaft, die Bedeutung des Kindes, Normvorstellungen und Rollenmuster in Bezug auf Eltern- und Partnerschaft, Erziehungsziele, -stile bis hin zur Bedeutung von Arbeitswelt, Betreuungssituation, Schule und finanzieller Situation für Eltern.



In der Zusammenfassung der vielfältigen und in ihren Details zum Teil überraschenden Ergebnisse bestätigt sich vor allem die Vermutung, dass Eltern heute unter enormem Druck stehen, sowohl hinsichtlich ihrer subjektiven Befindlichkeit als auch hinsichtlich der objektiv gestiegenen Anforderungen. Ein Leben mit Kindern bedeutet heute nicht nur Sinn und Glück, sondern auch Spagat, vielfache Spannungen und oft auch das Gefühl von Ungenügen. Familiäre Werte stehen dem Leitbild der wettbewerbsorientierten Wirtschaft entgegen, in der sich jeder Einzelne als Wettbewerbsteilnehmer begreifen muss. Die Familie – so ein Ergebnis der Sinus-Studie – ist die abhängige Variable.

Auch wenn Eltern den verschiedenen, von der Gesellschaft an sie herangetragenen Anforderungen kaum genügen können, so hat der Wettbewerb längst Einzug in die Familien gehalten. Eltern gehobener Milieus haben die Herausforderungen angenommen und versuchen, ihre Kinder zu fördern und ihnen optimale Startchancen für ihr Leben zu geben. Von diesen engagierten Eltern setzt sich etwas über ein Fünftel der Eltern ab, die aus bildungsfernen Milieus am unteren Rand der Gesellschaft stammen. Sie erleben einen existentiellen finanziellen Druck aufgrund ihrer ungesicherten Arbeitsplätze beziehungsweise ihrer Arbeitslosigkeit, doch müssen sie sich auch mit ihren bildungsmüden Kindern auseinandersetzen, die ihrerseits kaum auf kulturelle Ressourcen und Motivationskompetenz ihrer Eltern zurückgreifen können. Schulprobleme, intensiver Medienkonsum und hohe Konsumausgaben münden in diesen Milieus oftmals in Erziehungsprobleme und Überforderung der Eltern. Während die Eltern aus gehobenen Milieus in Aushandlungsprozessen ein Gesprächspartner und engagierter Lebensbegleiter ihrer Kinder sein möchten, haben Eltern der modernen Unterschicht keine klaren Erziehungsziele und überlassen die Kinder schon in relativ jungen Jahren sich selbst.

Was Eltern brauchen, ist eine größere gesellschaftliche Wertschätzung, indem ihre Bedürfnisse in ihren vielfältigen unterschiedlichen Lebenssituationen stärker als bisher anerkannt und berücksichtigt werden. Dabei hat die Studie gezeigt: Nicht alle Eltern brauchen das Gleiche. Vielmehr wird sehr deutlich, dass sie Entlastungen unterschiedlichster Art benötigen, vor allem in Form von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, damit sie ihr Lebenskonzept, das sie sich wünschen, auch umsetzen können. Angesichts einer Überfrachtung der Elternrolle mit zunehmenden Ansprüchen und Erwartungen ist auch zu bedenken: Wer das Kindeswohl fördern will, kann dies nur tun, wenn er die Situation der Eltern verbessert. Eine breite Debatte über die eigentlichen Leistungsträger der Gesellschaft, nämlich über Mütter und Väter, ist längst überfällig.

Völliges Neuland betreten wir bei der Frage nach Lebenswelten, Erziehungsstilen und -praktiken bei Eltern mit Migrationshintergrund. Fraglich ist, wie Integrationskonzepte gelingen können, wenn es kaum Datenmaterial über Eltern aus Migrantenmilieus gibt. Die Sinus-Studie bestätigt, dass sich im sogenannten „Religiös-verwurzelten Milieu“ der Migranten Erziehung ganz anders gestaltet. Diese sehr auf Familiendisziplin, konformem Geschlechterrollenverhalten und Einhaltung der moralischen und religiösen Gebote basierende Erziehung wird mit strengen autoritären Erziehungspraktiken der Eltern durchgesetzt. Allerdings müssen diese Eltern die Erfahrung machen, dass sie häufig ihr Ziel verfehlen, da sich die Kinder dem engen familiären und religiös-moralischen Rahmen entziehen. Zwar setzt sich das sogenannte „Traditionelle Gastarbeitermilieu“ dagegen durch eine weniger strenge Erziehung, vor allem durch die Mutter,



Junge Immigranten sind oft chancenlos, weil ihre Eltern ihnen keine geglückte Schul- und Berufsausbildung ermöglichen können.

etwas ab. Beide Migrantenmilieus vermitteln jedoch durch eine rigide Moralvorstellung, dass sich der Einzelne mit seinen Bedürfnissen der vorgegebenen Ordnung unterwerfen muss. Der Erziehungsdruck, den die Eltern empfinden, ist weniger den gesellschaftlichen Leistungsanforderungen als der kulturellen Norm nach einer „moralisch richtigen Erziehung“ geschuldet. Sie haben das Gefühl, als Eltern persönlich zu versagen, wenn ihre Kinder einen für sie inakzeptablen westlichen Lebensstil praktizieren. Gleichzeitig fehlt es ihnen mit zunehmendem Alter der Kinder an Einfluss und Mitteln der Intervention. Da der Einfluss von Freunden, Cliques und Szenen weitaus größer ist, erreichen die Eltern ihre Kinder ab dem Jugendalter immer weniger. So entsteht für viele Eltern das Gefühl der Entfremdung und des Verlustes. Die häufige Flucht in autoritäre Erziehungsmittel und härtere Strafen ist Ausdruck ihrer Hilflosigkeit. Ein ähnlich rigoroser Erziehungsstil findet sich auch bei Eltern des „Entwurzelten Flüchtlingsmilieus“ wieder.

„Wer begreifen will, was unter jungen Migranten los ist, kommt an diesem Buch nicht vorbei.“
Werner A. Perger,
in: DIE ZEIT

Um diese Hintergründe weiter erhellen zu helfen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ergänzung der empirischen Befunde der Sinus-Studie eine Übersetzung des Pionierwerks der niederländischen Journalistin Margalith Kleijwegt, „Unsichtbare Eltern – Das Stadtviertel von Mohammed Bouyeri“ (erschienen 2005), ermöglicht und die deutsche Veröffentlichung im Herder-Verlag veranlasst („Schaut endlich hin!“ – Wie Gewalt entsteht – Bericht aus der Welt junger Immigranten). Nüchtern gibt das Buch die Interviews der Autorin mit Eltern türkischer, marokkanischer und surinamischer Herkunft wieder, deren Kinder eine sogenannte „Schwarze Schule“ in dem Stadtviertel Amsterdams besuchen, in dem der Mörder Theo van Gogh aufwuchs. Mit erschreckender Deutlichkeit berichten die Eltern von ihrer Überforderung und Ohnmacht, ihren Kindern eine geglückte schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Emotional oft tief verankert in der Tradition ihres Herkunftslandes, leben sie in einer Kultur, die sie als fremd empfinden und zu der sie schon allein sprachlich keinen Zugang haben. Verschlussen bleibt ihnen daher auch die immer bedeutungsvollere Rolle, die Eltern bei der Förderung und aktiven Begleitung der schulischen Laufbahn ihrer Kinder zukommt. Es ist zu vermuten, dass in Deutschland viele Migrantenfamilien ähnliche Erfahrungen wie in den Niederlanden machen. Fast die Hälfte aller türkischen Jugendlichen (48,3%) besucht die Hauptschule, nur 12,5% gehen aufs Gymnasium, 40% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss.



Schaut endlich hin!
Wie Gewalt entsteht –
Bericht aus der Welt junger Immigranten,
von Margalith Kleijwegt

Freiburg, Januar 2008
ISBN 978-3-451-29823-3, 16,95 Euro



Eltern unter Druck.
Selbstverständnisse, Befindlichkeiten
und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen
Lebenswelten

von Tanja Merkle und Carsten Wippermann,
herausgegeben von Christine Henry-Huthmacher
und Michael Borchard

Stuttgart, Februar 2008
ISBN 978-3-8282-0424-9, 29,80 Euro

FAMILIENPOLITISCHE KOMPETENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich durch eine Vielzahl von Aktivitäten, Publikationen und Veranstaltungen hohe familienpolitische Kompetenz erworben. Diese ist nicht nur fachwissenschaftlicher oder theoretischer Natur, sondern ist immer auch ganz praktisch auf Handlungsoptionen ausgerichtet. Das soll an den folgenden konkreten Beispielen verdeutlicht werden:

■ **Kindeswohl bei Gewalt in der Partnerschaft der Eltern**

Wie entscheidend das Wohl von Kindern von der Lebenssituation der Eltern abhängt, wurde auf einer Tagung deutlich, die am 3. September 2007 in der Akademie der KAS stattfand (in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt, BIG). Bedrückend ist der aktuelle Wissensstand aus Forschung und Praxis, der den Fachleuten aus therapeutischer Arbeit, Beratung, Verwaltung und Polizei präsentiert wurde: Schon allein das Miterleben von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Eltern lässt Kinder und Jugendliche nachhaltige Schäden davontragen. So erhöht sich das Risiko drastisch, dass Jungen im Erwachsenenalter zu gewaltbereiten Partnern und Frauen zu Dulderinnen von Gewalt des Partners (auch gegenüber ihren Kindern) werden. Dass es sich hier nicht nur um wenige Einzelfälle handelt, zeigt eine aktuelle Befragung von 10.000 Frauen im Auftrag des Bundesfamilienministeriums: 50% der Befragten gaben an, dass ihre Kinder Zeugen gewalttätiger Auseinandersetzungen geworden seien. Wie Professor Barbara Kavemann (Katholische Hochschule für Sozialwesen, Berlin) in ihrer neuen Evaluationsstudie (2007) über die Wirksamkeit von Unterstützungsangeboten für Kinder zeigt, sind therapeutische Angebote bei vier Fünfteln der Kinder und Jugendlichen eine Bewältigungshilfe. Fazit der Tagung war jedoch die Erkenntnis, dass abgesehen von den Kindern auch ihre in Gewalt gefangenen Eltern zentrale Ansprechpartner sind. Hier stellen sich dringende Zukunftsfragen: Wie erreicht man gewalttätige Partner/Väter? Wie können Mütter effektiv und unbürokratisch unterstützt werden?

■ **„Kinder in besten Händen“**

In der im Sommer 2007 erschienenen Publikation „Kinder in besten Händen“ lässt die KAS führende Vertreter aus Praxis und Wissenschaft zu Wort kommen, die innovative Konzepte zur Erneuerung und Verbesserung von Strukturen und Qualität in Kinderbetreuungseinrichtungen vorstellen. Der Arbeitsbereich Frauen- und Familienpolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung, der in Deutschland zu den Ersten gehörte, die

die Brisanz des Themas erkannten, führt damit das langjährige Engagement im Bereich „Frühkindliche Bildung“ fort, im Interesse der Kinder, ihrer Eltern, aber auch für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Neuere Erkenntnisse aus Pädagogik und Hirnforschung haben speziell bei der ergänzenden Unterstützung von Eltern durch Kinderbetreuungseinrichtungen zu einem Umdenken geführt, in dessen Zentrum die zentrale Bedeutung von frühkindlicher Bildung steht. Auch hier haben Wissenschaft und Praxis auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Eltern und Fachpersonal hingewiesen. „Die Wertschätzung und Unterstützung von Eltern äußert sich in einer Neuorganisation und Qualitätsverbesserung des Bildungssystems“ (Professor Norbert Schneider, Universität Mainz).

■ **Qualitätsoffensive für Familien in Städten und Gemeinden**

2007 wurde zum ersten Mal in sechs Kommunen Deutschlands die neugeschaffene Auszeichnung der Konrad-Adenauer-Stiftung für Best-Practice-Beispiele unter der Überschrift „Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut“ verliehen. Diese Initiative, die sich auf die Themenfelder „Prävention von Benachteiligung“, „Reaktionen auf den demographischen Wandel“ und „Neue Wohn- und Lebensentwürfe“ konzentriert, hat nicht nur den öffentlichen Blick auf besonders relevante Probleme gelenkt, sondern konkrete und effektive Lösungsansätze für die Stärkung von Familien aufgezeigt. Geehrt werden Projekte, die Eltern unterstützen, damit sie ihren Kindern gute Eltern sein können, und die Verantwortliche in Schulen und Gesundheitsdiensten befähigen, elterliche Funktionen zu übernehmen, wenn Eltern dies nicht vermögen.

Ausgezeichnet wurden 2007: die Stadt Kaufbeuren für eine Kommunalpolitik, die Familien in den Mittelpunkt stellt, insbesondere durch Wohnbauförderung; der Kindergarten „Guter Hirte“ der Gemeinde Babenhausen für innovative Methoden umfassender Frühförderung im sozialen Brennpunkt; das Präventionsprojekt „Zukunft für Kinder in Düsseldorf“ für die Begleitung von Eltern in schwierigen Lebenslagen; das Kindertagesstätten-Präventionsprojekt „prokita“ im Rhein-Kreis Neuss; die Friedrich-Ebert-Hauptschule der Stadt Frankenthal für erfolgreiche Prävention von Gewalt sowie das Projekt „Stellwerk60 autofrei wohnen“ in Köln für die Verwirklichung umweltschonender, generationenübergreifender Wohn- und Lebenskonzepte.